

# Ermländische Zeitung.

Mit den Beilagen: St. Adalbertsblatt,  
Illustrierte Beilage und Ratgeber für Landwirtschaft u.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. **Verkaufspreis:** in unserer Expedition Mk. 1,20, bei festen Abonnenten ins Haus geschickt Mk. 1,70, auf den Reichspostausgaben am Schalter Mk. 1,50, durch Postboten ins Haus gebracht Mk. 1,92.

Anzeigen werden bis 9 Uhr vormittags am Tage vor der Ausgabe erbeten. — Preis für die einblättrige Beilage oder deren Raum 12 Pfennige. Beilageemplare, falls erwünscht, das Stück 10 Pfennige. Adresse für Telegramme: Ermländische Zeitung, Braunsberg. Telefon Nr. 47.

## Hierzu eine Beilage.

### Obstruktion.

CP. Berlin, 29. Oktober.

Die heutige Reichstagsitzung dauerte 6 1/2 Stunden, von 12 1/2 bis 6 1/2 Uhr. Auf die sachliche Debatte kam davon etwa die erste Stunde. Der „Rest“ der Sitzung wurde für namentliche Abstimmungen und Geschäftsordnungsdebatten gebraucht. Es fanden nicht weniger als 7 namentliche Abstimmungen statt. Zunächst über einen Antrag auf Schluss der Debatte über die Vieh- und Fleischzölle, dann viermal über diese Zölle, weiter über einen sozialdemokratischen Antrag auf Zollfreiheit für 2 Kilo Fleisch im Grenzverkehr, endlich über einen Antrag auf Vertagung.

Die Zölle wurden selbstverständlich überall nach den Kommissionsvorschlägen angenommen. Die Wangenheim'schen Anträge wurden nach der Entscheidung über den ersten zurückgezogen. Die Getreide- und Fleisch- und Viehzölle haben belanlich auch in der Kommission eine lange Zeit beansprucht. Man kann daher kaum sagen, daß die Beratung im Plenum übermäßig ausgedehnt worden sei. Bei der Wichtigkeit der Zölle dürfte man viele namentliche Abstimmungen auch dann erwarten, wenn die Linke keine eigentlichen Obstruktionsabsichten hatte. Wir können ihr deshalb bis dahin keine besonderen Vorwürfe machen. Abg. Graf Kanitz hat ihr dieser Tage sogar „Dank und Anerkennung“ für ihre „Mäßigung und Zurückhaltung“ gezollt, und die „Kreuzzeitung“ hat das unterschrieben. Soweit möchten wir freilich nicht gehen. Die sozialdemokratische Presse hat darüber natürlich mit Vergnügen quittiert.

Nach der Abstimmung über die Vieh- und Fleischzölle ließ das Verhalten der Linken die Obstruktionsabsichten schon so deutlich durchblicken, daß sie auch bei den Konservativen das Lob verächtelt haben dürften. Abg. Frhr. v. Wangenheim hatte noch für eine große Anzahl von Zollpositionen Mindestzölle beantragt. Für einen Teil (Kartoffeln, Futterrüben, Zuckerrüben, Tabak, Flachs, Hopfen) zog er den Antrag jetzt zurück; für die lange Liste der Gärtnerei-Erzeugnisse hielt er ihn jedoch aufrecht. Der Präsident schlug vor, die Beratung über die einzelnen Sätze zusammenzufassen. Eine solche Abkürzung der Verhandlungen war der Linken jedoch nicht recht. Unter dem Vorwande, sie seien übermüdet worden und auf die Debatte über diese Zölle nicht vorbereitet, beantragten Singer und Dr. Barth zunächst die Vertagung, und weiter beantragten sie eine besondere Beratung über jede einzelne Position. Darüber entsann sich eine Geschäftsordnungsdebatte, die die Linke trotz aller Zurückhaltung der Mehrheit über eine Stunde hinwegziehen wußte. Namentlich der Abg. Stadthagen that sich wieder durch die Länge seiner Ausführungen und die Wichtigkeit seiner „Gründe“ hervor. Nachdem endlich in namentlicher Abstimmung der Vertagungsantrag abgelehnt worden war, hatte der Abg. Gerold den guten Einfall, zu beantragen, daß über die sämtlichen Wangenheim'schen Anträge zur Tagesordnung übergegangen werden solle. Nun konnte nur noch ein Redner dafür, einer dagegen das Wort erhalten, eine lange Debatte war also ausgeschlossen. Abg. Gerold begründete seinen Vorschlag damit, daß die Wangenheim'schen Anträge nach den bisherigen Beschlüssen doch völlig aussichtslos seien und sachlich über sie nichts Neues mehr vorgebracht werden könnte. Abg. Dr. Gahn suchte zwar in der Geschwindigkeit noch einiges Kapital für den Bund der Landwirte aus seiner Fürsorge für die Gärtner zu schlagen, aber es half ihm nichts, die große Mehrheit ging über die Wangenheim'schen Anträge zur Tagesordnung über. Mit der Mehrheit der Rechten stimmten bezeichnender Weise auch die Sozialdemokraten und die freisinnige Vereinigung gegen die Tagesordnung. Da sie gewiß die Annahme der Anträge nicht wollen, konnte es ihnen also nur darauf ankommen, sie zur Verschleppung der Verhandlungen zu benutzen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ verwahrt sich entrüstet dagegen, daß die Bündler mit ihren Anträgen die Beratung in die Länge zögen. Die Ausführungen, die zu den betreffenden Zollpositionen gemacht würden, würden ja doch gemacht werden; ob nun gleich bei § 1 oder bei den betreffenden Tarifpositionen, das sei einerlei. Wir denken, die heutige Geschäftsordnungsdebatte nebst namentlicher Abstimmung hätte doch deutlich genug erwiesen, für wen die Bündler arbeiten. Diese Zeitvergeudung hätte ohne ihre Anträge doch nicht stattfinden können. Daß alle diese Anträge vollständig aussichtslos waren, wußten die Bündler auch ganz genau. Möchte man darüber debattieren, an welcher Stelle man wollte, es war unnütze Zeitvergeudung. Außerdem arbeiten die Bündler durch ihr ganzes Verhalten der Obstruktion in die Hände, indem sie mit ihren Anträgen die Einigung der Mehrheitsparteien untereinander und mit der Regierung erschweren. Wenn die Obstruktion überhaupt zu bezwingen ist, dann doch nur durch eine Mehrheit, die in sich einig ist und die Gewißheit hegen darf, daß sie in Ueber-

einstimmung mit der Regierung etwas Positives zustande bringt. Die Bündler thun alles, um zu verhindern, daß die Landwirtschaft einen realen Gewinn aus den Zollverhandlungen heimbringt.

Morgen wird die Sitzung gleich wieder mit einer namentlichen Abstimmung beginnen, nämlich über die beschlossenen Mindestzölle insgesamt. Die höchste Zahl der heute gezählten Anwesenden war 301. Gegen die Abstimmung beim Roggen- und Weizenzoll hat die Besuchsziffer also schon um 43 abgenommen. Morgen wird gewiß noch eine beschlußfähige Anzahl da sein. Das dürfte den freisinnigen Abg. Dr. Barth und seine sozialdemokratischen Freunde abhalten, morgen schon den Antrag auf Abbruch der Verhandlungen zu stellen. Sobald aber der Reichstag nicht mehr beschlußfähig ist, dürfen sie damit hervortreten. Die Mehrheitsparteien thun alles, um ihre Mitglieder in Berlin zusammen zu halten. Wie lange ihnen das gelingen wird, muß abgewartet werden. Ein beschlußunfähiges Haus ist ohnmächtig gegen die Verschleppungsversuche der Linken und selbstverständlich erst recht nicht imstande, die Geschäftsordnung zu ändern, falls sich dies als zur Fortführung der Geschäfte und zur Aufrechterhaltung des Ansehens des Reichstages unerlässlich erweisen sollte.

### Deutsches Reich.

**Einfuhr von Schweinefleisch.** Die Einfuhr frischen Schweinefleisches hat einen sehr großen Umfang erreicht. Nach der amtlichen Handelsstatistik sind in diesem Jahre bis Ende September 131 696 D.-Ztr. frisches Schweinefleisch, frischer Schinken und frisches Speck eingeführt gegen 67 408 und 44 309 im gleichen Zeitraum der Jahre 1901 und 1900. Die Einfuhr ist also gegenüber dem Vorjahre fast auf das Doppelte und gegenüber dem Jahre 1900 fast auf das Dreifache gestiegen.

Das neue Infanteriegewehr wird im Laufe des Herbstes an das 3., 4., 5. und 6. Armeekorps verabsolviert; es sind dann, einschließlich der Garde, im ganzen 5 Armeekorps mit der neuen Schusswaffe ausgerüstet. Die Marine hat dieses Gewehr schon vor zwei Jahren erhalten. Erst im nächsten Jahre sollen je nach Bedarf mehrere andere Armeekorps, darunter auch die bairischen, mit dem neuen Gewehr versehen werden. Da das Kaliber und die Munition sowohl für das alte als auch für das neue Gewehr paßt, so wird die Wehrfähigkeit unserer Armee durch die gleichzeitige Verwendung von zwei verschiedenen Gewehrmodellen nicht beeinträchtigt.

**„Vormarsch der Roten.“** In Schwarzburg: Rudolstadt verfügen die Sozialdemokraten jetzt über die Hälfte der sechzehn Reichstagsmandate. Nachdem sie in der Hauptwahl sieben Mandate errungen hatten, ist am Dienstag im Wahlkreise Rudolstadt II der sozialistische Kandidat Bloß in der Stichwahl gegen den freisinnigen Kandidaten gewählt worden. In der verflochtenen Landtagsstimmung hatten die Sozialdemokraten nur über ein Mandat verfügt.

### Deutscher Reichstag.

CP. Berlin, 29. Oktober.

Im Reichstage kam es heute endlich zur Entscheidung über die Vieh- und Fleischzölle. Nach einer Rede des Abg. Dr. Müller-Meiningen (fr. Vp.) wurde ein Antrag auf Schluss der Debatte angenommen, und es folgten zunächst vier namentliche Abstimmungen über die von der Kommission vorgeschlagenen Mindestsätze.

Dieselben gelangten in der Höhe von 14,40 Mk. für Rindvieh (161 gegen 120 Stimmen), für Schafe (161 gegen 129 Stimmen) und für Schweine (162 gegen 135 Stimmen) zur Annahme; ebenso gelangten auch die Mindestsätze für Fleisch (je nach Art des Fleisches 36 bzw. 48 bzw. 96 Mk.) mit 162 gegen 132 Stimmen zur Annahme. Die höchsten Zölle des Generaltarifs (für Rindvieh, Schafe und Schweine 18 Mk. pro Doppelzentner Lebendgewicht, für Fleisch 45 bzw. 60 bzw. 120 Mk. und für Schweinefleisch 36 Mk.) wurden in einfacher Abstimmung angenommen. Schließlich wurde noch der Kommissionsbeschluss, wonach der Bundesrat das Recht hat, im Grenzverkehr die zollfreie Einfuhr einzelner Stücke von Fleisch oder Schweinefleisch in Mengen von nicht mehr als 2 kg. zuzulassen, mit 190 gegen 105 Stimmen angenommen; ein sozialdemokratischer Antrag, diese zollfreie Einfuhr im Tarif festzulegen, also obligatorisch zu machen, wurde abgelehnt.

Der Präsident stellte hierauf die Positionen, zu denen vom Abg. Frhrn. v. Wangenheim noch die Bindung der Mindestsätze beantragt war (Gärtnereiprodukte), gemeinsam zur Diskussion. Daran knüpfte sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Die Linke forderte die Vertagung und weiterhin die getrennte Behandlung jeder einzelnen Position des Antrags Wangenheim.

Abg. Singer (Soz.) sprach dabei von einer Ueberumpelung der Linken, gegen die man protestiere, und beantragte die Vertagung und namentliche Abstimmung über

diesen seinen Antrag. Das Haus lehnte dann die Vertagung mit 210 gegen 87 Stimmen ab.

Nunmehr stellte Abg. Gerold (Ztr.) den Antrag, über die Anträge Wangenheim zur Tagesordnung überzugehen. Die Frage des ausreichenden Zollschutzes für die Gärtnereien sei in der Kommission ausgiebig erörtert worden und eine weitere Diskussion bei der Position Mindestsätze überflüssig. Eine Aufnahme der Gärtnereizölle unter die Mindestsätze sei bei der Stimmung des Reichstages ausgeschlossen. Abg. Dr. Gahn (B. d. L.) widersprach dem Antrage; bei der Abstimmung erklärte sich aber bis auf die Mitglieder des Bundes der Landwirte und die Sozialdemokraten der ganze Reichstag für den Antrag Gerold. Donnerstag: Fortsetzung.

### Ausland.

**Österreich-Ungarn.** Bei den niederösterreichischen Landtagswahlen in der Kurie der Landgemeinden haben die Christlich-Sozialen von 21 Mandaten im ersten Anlauf 20 gewonnen. Ueber den Besitz des 21. Mandats wird die Stichwahl entscheiden. Heil Dr. Lueger!

**Belgien.** Abgeordnete der belgischen Grubenarbeiter legten in einer Unterredung mit dem Minister der öffentlichen Arbeiten diesem die Forderungen der Arbeiter dar und eruchten um Auskunft, was der Minister zu thun gedente, um den unvermeidlichen Ausstand zu verhindern. Sie ersuchten den Minister, unter der Form eines Schiedspruches, den er den Grubenbesitzern vorschlagen solle, zu intervenieren. Der Minister lehnte es entschieden ab, als Schiedsrichter aufzutreten, erklärte sich jedoch bereit, mit Hilfe der Gouverneure der Provinzen und der Grubeningenieure, welche ein Mittel zur Herstellung eines Einvernehmens suchen sollen, zu vermitteln.

**England.** Aus Aden geht dem „Bureau Reuter“ unter dem 25. Oktober nachstehender Spezialbericht zu: „Aus Nachrichten aus dem Somaliland geht hervor, daß die Feldtruppe am 3. Oktober auf Mudug vorrückte. Am 5. machten die Patrouillen einen Gefangenen, der angab, daß eine kleine Anzahl Feinde in der Nachbarschaft versammelt wäre. Am folgenden Tage, bald nachdem die englische Truppe aus der Jariba (festgelegtes Lager) ausgebrochen war, lief die Meldung ein, daß der Feind sich eine Meile vor der Front befände. 20 Minuten später griff der Feind in der rechten Flanke an, als die Truppe in langer Linie durch ein dichtes Gebüsch marschierte. Die afrikanischen Königsjäger empfingen ihn mit einem so heftigen Feuer, daß er gegen das Zentrum und den linken Flügel abshwenkte. Unglücklicher Weise war durch die Dichtigkeit des Gebüsches die Transportkolonne über das Zentrum und den linken Flügel hinausgeraten. Dadurch wurde das Feuer der Linie beschränkt und die Linie selbst durchbrochen. Mittlerweile eroberte der Feind ein Mörsergeschütz und viele Transporttiere. Oberst Philipps fiel bei dem tapferen Versuch, seine Leute zu sammeln, und gleichzeitig wurde der bei ihm befindliche Leutnant Everett verwundet. Die Unordnung dehnte sich auf das Zentrum aus, und die Bespannung der Geschütze wurde zurückgetrieben. Hauptmann Angus fiel, während er in entschlossenster Weise die Geschütze bediente. Nach seinem Tode übernahm Oberst Cobbe mit nur einem Somalisch-Sergeanten die Bedienung der Geschütze. Ein Angriff unter Führung des Obersten Swayne brachte den Feind zum Stehen, und 2 Kompagnien der afrikanischen Königsjäger entrißen unter Führung des Majors Plunkett dem Feinde einen Teil des Transports, aber nicht das Mörsergeschütz. Die Truppe haute dann eine Jariba, und kleine Abteilungen wurden ausgesandt, um die verstreuten Ladungen einzubringen. Am Nachmittag bemerkte man, daß der Feind den Versuch machte, die Kamele wegzutreiben. Oberst Swayne rückte darauf mit drei Kompagnien unter den Hauptleuten Rowlands und Barklay und Leutnant Chichester aus, vertrieb nach heftigem Kampf den Feind und brachte die Kamele zurück. In der Nähe der Feuerlinie fand man 62 Leichen des Feindes und über 70 Gewehre. Der englische Verlust belief sich auf 70 Tote und 100 Verwundete. Unter den letzteren befanden sich Hauptmann Howard und Leutnant Everett. Die meisten der Verwundeten befanden sich auf dem Wege der Besserung.“

**Nordamerika.** Wer ist der Herr in den Vereinigten Staaten? Das Chicagoer Blatt Inter-Oceanic teilt folgendes mit: „Das New-Yorker Bankhaus Rühn, Loeb u. Co. hatte die Finanzierung des Fleischtransits gegen eine Provision von 5 Millionen Dollars übernommen. Ehe aber dieser Vertrag perfekt wurde, erschien ein Associe des Herrn Morgan in Chicago und verlangte von den Fleischhändlern, daß ihm dieses Finanzgeschäft übertragen werde, widrigenfalls er durch seine Herrschaft über die wichtigsten amerikanischen Eisenbahnen und die Schiffahrtsverbindungen zwischen Amerika und Europa dem Fleischtransit unüberwindliche Hindernisse durch Vertenerung der Frachtraten bereiten werde. Und Herr Morgan erhielt den Auftrag, 100 Millionen Dollars Bonds der neuen Transatlantischen Eisenbahn zu platzieren; als Provision berechnete er sich aber nicht 5, sondern 10